



FRAGE

Bei der SPD gab es vor wenigen Tagen einen überraschenden Wechsel an der Parteispitze. Der frühere Partei-Vorsitzende Kurt Beck hatte eine moderate Abkehr vom Reformkurs der Agenda 2010 eingeleitet. Was bedeutet diese Entwicklung für den wirtschaftspolitischen Kurs der SPD: Erwarten Sie angesichts dieses Führungswechsels künftig eine stärkere ordnungspolitische Ausrichtung oder eher eine Abkehr von der Agenda 2010?

Prof. Dr. Jürgen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Steinmeier hat nicht den Rückhalt in der Partei, den es braucht, um die SPD wirklich zu führen. Die Wahl eines Bürokraten zum Kanzlerkandidaten offenbart die ganze Misere der Partei.

Prof. Dr. Hermann Locarek-Junge Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Finanzdienstleistungen, Technische Universität Dresden:

Trotz Münteferings Skepsis, bereits aus der Agenda 2010 bekannt, werden sich die „Stones“ durchsetzen.

Prof. Dr. Udo Ludwig Abteilungsleiter Makroökonomik, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:
Das neue (alte) Führungspersonal aus der Schröder-Ära.

Volker Hofmann Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Debatte um die wirtschaftspolitische Ausrichtung wird innerhalb der SPD kontrovers bleiben. Aus heutiger Sicht ist zu befürchten, dass sich beide Seiten gegenseitig blockieren.

Prof. Dr. Thomas Straubhaar Leiter und Geschäftsführer, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut:

Die personelle Neuausrichtung der SPD bietet die Chance einer inhaltlichen Neuausrichtung. Sie wird der SPD ermöglichen, sich klar gegen links abzugrenzen und damit auch für die breite Mittelschicht wählbar zu bleiben. Denn Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering stehen für die durchaus respektable Wirtschaftspolitik der zweiten rot-grünen Regierung Schröder. Sie haben die Möglichkeit, die erkennbaren Erfolge der Agenda 2010 positiv und offensiv zu bewerben und darauf hinzuweisen, dass Deutschland im Sommer 2008 die höchste Beschäftigung und die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung vermelden kann, was nicht zuletzt den langfristigen Folgen der strukturellen Harz-Reformen zu verdanken ist.

Prof. Dr. Gustav A. Horn Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Hans-Böckler-Stiftung:

Festhalten an der Agenda 2010 ist kein Ausweis für Reformkraft, da hierdurch viele Menschen in Angst und Not geraten sind. Ihre Frage ist daher tendenziös formuliert und entzieht sich somit einer Antwort.



Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Ja. Verschiedene „Flügel“ gibt es in der SPD und in jeder Partei. Eine starke Führung kann aber die Partei auf einen Flügel festlegen - wie in der Legislaturperiode 2002-05. Hierauf besteht nun wieder Aussicht.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Abgrenzung von „Linker Partei“

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Grundsätzlich ist von der SPD eine ordnungspolitische Ausrichtung irgendwelcher Art nicht zu erwarten. Aber dass der Schmusekurs mit der Linken die Partei geschwächt hat, dürfte jetzt eingesickert sein.

Prof. Dr. Jürgen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die SPD traut sich anders nicht zu, gegenüber der Linkspartei zu punkten.

Dirk Althoff Leiter Unternehmenskommunikation Deutschland, Cortal Consors S. A.:

Mit Steinmeier und Müntefering bilden zwei ehemalige Schröder-Gefolgsleute die neue SPD-Spitze

Prof. Dr. Uwe Walz Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Industrieökonomie, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt:

Keine Mehrheiten für klare Positionen in eine Richtung

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Antwort lautet wohl weder noch.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Müntefering steht für Agenda 2010 und deren Erfolg.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Herren Müntefering und Steinmeier stehen nach wie vor für den Kurs, der mit der Agenda 2010 eingeschlagen worden ist. Diejenigen in der SPD, die diesen Kurs nicht wollen, werden Zähne knirschend mitmachen müssen; andernfalls ist die Wahl von vornherein verloren.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Beck ist nicht wegen seiner Modifikationen der Agenda 2010 gescheitert, sondern an seiner Unglaubwürdigkeit, im Bund die Koalition mit der Linken auszuschließen.



Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Sich den Linken an den Hals werfen, bringt nichts. Das hat die Mehrheit in der SPD gelernt.

Prof. Dr. Heinz G. Preusse Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Tübingen:

Das ist aus heutiger Sicht nicht seriös zu beantworten, da zwei etwa gleich starke Lager um die künftige politische Ausrichtung streiten werden.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter „Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Die SPD kann auf die Erfolge der Agenda 2010 hinweisen. Durch die beiden neuen Spitzenleute Steinmeier und Müntefering dürfte die SPD dazu auch den Mut finden.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Die zwei Männer der neuen SPD Führung (Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender) waren in der Vergangenheit Mitinitiatoren und Befürworter des Reformkurses Agenda 2010. Daher wäre es naheliegend, dass sie die Fortführung dieses Kurses betreiben würden. Beide aber sind Machtpolitiker und wissen, dass die Einbehaltung dieses liberalen wirtschaftspolitischen Kurses, gegen die traditionelle sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist. Damit wäre eine Mobilisierung der Mehrheit der SPD Anhänger, wie die Umfragen der letzten Jahre zeigen, nicht realisierbar. Daher haben beide keine andere Alternative, wenn sie ihre Partei zu mehr als 26% der Wählerschaft bringen wollen. Bekanntlich, das „Geschwätz“ von gestern interessiert die Politiker heute nicht.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident des Bayerischen Finanz Zentrums, Bayerisches Finanz Zentrum:

Die CDU/CSU ist bereits nach links gerutscht, so dass SPD Angst hat im Wettlauf nach links an beiden Rändern zu verlieren.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Die konservativen Kräfte gewinnen an Einfluss.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Müntefering und Steinmeier stehen für die Agenda. Ein weiteres Heranrücken an die Linkspartei wäre politischer Selbstmord der SPD.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Zwar sind neue (alte) Personen noch nicht notwendigerweise ein neues (altes) Programm, aber deren Affinität zu Links erscheint wohl noch weniger ausgeprägt als zur Agenda.

Dr. Martin Werding Bereichsleiter „Sozialpolitik und Arbeitsmärkte“, ifo Institut für Wirtschaftsforschung:

Weder -- noch. Das Aufkommen der Linken im politischen Spektrum ist für die politische Positionierung der SPD unverändert eine große Herausforderung. Ich sehe nicht, dass die Partei



darauf bislang eine, geschweige denn EINE, Antwort hat. Der Wechsel an der Parteispitze lässt hoffen, dass es keine weitere Abkehr von der Agenda 2010 geben wird, eine Stärkung der Reformkräfte ist damit aber noch nicht sicher gestellt.

Dr. Wolf-Heimo Grieben Juniorprofessur für Volkswirtschaftslehre, Universität Konstanz:

Die SPD wird das propagieren, was im Bundeswahlkampf 2009 die meisten Stimmen einbringt, also eine auch weiterhin deutliche Abkehr von der Agenda 2010. Nur offen so nennen wird man es nicht, sondern dies als „Weiterentwicklung“ verkaufen. Damit könnte auch die neue Parteispitze ihr Gesicht wahren.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist im Moment schwer zu sagen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt, Allianz Group und Dresdner Bank AG:

Mit der Rückkehr von Franz Müntefering, einem der Protagonisten der Agenda 2010, erhoffe ich mir tatsächlich eine stärkere ordnungspolitische Ausrichtung der SPD an der Agenda 2010. Ob es dazu aber wirklich kommt, dürfte sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Eine entscheidende Rolle wird dabei sicherlich auch spielen, wie sich die Umfragewerte für die SPD entwickeln.

Prof. Dr. Johann Eekhoff Lehrstuhl am Wirtschaftspolitischen Seminar, Universität Köln:

Steinmeier hat die Agenda 2010 mit formuliert. Auch muss er sich von der Linken absetzen.

Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, SEB AG:

Der designierte Parteichef Müntefering wird hier einen klareren Kurs gegenüber der LINKEN fahren.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA:

Die SPD wird zwar nicht mehr auf den strikten Agendaplan zurückkehren, die Abwendung von der Reformpolitik in den letzten Monaten und die damit verbunden Öffnung in Richtung Linke hat allerdings auch negative Spuren im Wählerverhalten hinterlassen. Insofern sieht es danach aus, dass die SPD wieder mehr Stimmen im bürgerlichen Lager sucht. Dafür muss sie zumindest den Schein einer Reformpartei bewahren.

FRAGE

Innerhalb der EU-Kommission werden Medienberichten zufolge Pläne zur Stärkung der Konjunktur innerhalb der Euro-Zone diskutiert. Zur Begründung verweisen die Ökonomen der Brüsseler Behörde laut Medienberichten auf positive Erfahrungen in den USA.

Teilen Sie die Auffassung, dass die Maßnahmen die US-Konjunktur gestützt haben? Sollte die Bundesregierung vor dem Hintergrund der sich weiter eintrübenden Konjunktur und der Erfahrung in den USA ebenfalls ein Konjunkturprogramm auflegen? Welche Maßnahmen wären zielführend?



Prof. Dr. Jürgen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Da die Geldpolitik nicht mehr zur makroökonomischen Steuerung zur Verfügung steht, ist die Finanzpolitik gefordert. Es wird Zeit, dass sich die deutsche Wirtschaftspolitik von dem Paradigma befreit, dass Fiskalpolitik unwirksam sei und nur Konjunkturprogramme nur höhere Verschuldung bewirken. Dies Argument ist weder empirisch noch theoretisch richtig.

Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Steuersenkungen erfreuen Keynesianer und Angebotsökonomien gleichermaßen. Die Nachfrage und die Leistungsanreize werden stimuliert. Ohnehin ist ein Absenken der Grenzsteuersätze in der Einkommensteuer überfällig und derzeit finanzierbar. Das Timing für diesen strukturell notwendigen Reformschritt würde derzeit auch konjunkturpolitisch stimmen. Ein positiver Nebeneffekt: Die fiskalische Gier der Ausgabenpolitiker würde zurecht gestutzt.

Volker Hofmann Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Fiskalpolitischer Impuls hat in den USA zumindest kurzfristig geholfen. Allerdings ist auch die Geldpolitik massiv gelockert worden. Die Rahmenbedingungen für Konjunkturprogramme unterscheiden sich in Deutschland und Europa jedoch zum Teil erheblich von denen in den USA. Zum Beispiel: In den USA sind die mikroökonomischen Strukturen erheblich flexibler (u. a. Arbeitsmarkt), was die Wirksamkeit einer diskretionären Fiskalpolitik erhöht. In Deutschland und anderen europäischen Ländern sind über die sozialen Sicherungssysteme die „built-in“-Stabilisatoren ausgeprägter; in diesem Umfang reduziert sich hier auch die Notwendigkeit einer diskretionären Stabilisierungspolitik.

Prof. Dr. Thomas Straubhaar Leiter und Geschäftsführer, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut:

Die Steuerrückzahlung hat nichts mit einem Konjunkturprogramm zu tun und ist dennoch richtig, weil sie die durch die kalte Progression, die Mehrwertsteuer-Erhöhung und die gute Beschäftigungslage sprudelnden Steuereinnahmen an die Steuerzahlenden rückerstattet. Der Vorteil liegt - wie bei Einmalzahlungen der Betriebe bei gutem Geschäftsgang darin, dass sie keine automatischen Nachfolgewirkungen haben. Dass sie den privaten Konsum stützen, was konjunkturell für das schwächer werdende Winterhalbjahr ein positiver Impuls bedeutet, ist eine erfreuliche Nebenwirkung.

Prof. Dr. Gustav A. Horn Wissenschaftliche Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Hans-Böckler-Stiftung:

Nur diese Maßnahmen lösen nennenswerte Impulse aus.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine expansive Fiskalpolitik auf der Ebene eines Landes macht keinen Sinn, wenn die Konjunkturabschwächung den Euroraum insgesamt erfasst. Die Balance zu finden zwischen Einhaltung des Inflationsziels und Stabilisierung der Konjunkturlage des Euroraumes ist Aufgabe der EZB. Die Fiskalpolitik sollte eine Rolle spielen bei größeren Abweichungen der nationalen Konjunktur vom Euro-Durchschnitt. Da Deutschland trotz Eintrübung der Konjunkturperspektiven im europäischen Vergleich immer noch passabel dasteht, drängen sich Konjunkturprogramme derzeit nicht auf.



Prof. Dr. Jürgen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Konjunkturprogramme sind bestenfalls ein Placebo. Probleme lösen sie auf Dauer nicht.

Prof. Dr. Siegfried Hauser Direktor der Abteilung für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Investitionen in die Infrastruktur bringen kurzfristig Beschäftigungseffekte und wirken sich langfristig positiv auf das Wachstum aus.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Ich halte Steuersenkungen nicht für ein Konjunkturprogramm. Die Steuererhöhungen der Großen Koalition müssen rückgängig gemacht werden.

Prof. Dr. Johannes Schneider Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Nicht in Deutschland!

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Lehrstuhl für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Da in der BRD hohe Defizite (in Milliardenhöhe) in Infrastruktureinrichtungen bestehen, wäre jetzt die passende Gelegenheit gegeben, diese Defizite mit einem solchen Konjunkturprogramm abzubauen und zugleich dem drohenden Konjunkturrückgang zu begegnen.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident des Bayerischen Finanz Zentrums, Bayerisches Finanz Zentrum:

Steuersenkungen sollten endlich begleitet sein von Steuervereinfachungen.

Prof. Dr. Wolf Schäfer Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Steuersenkungen und Steuerrückzahlungen sind in jedem Fall sinnvoll und notwendig - unabhängig von der gegenwärtigen Konjunktur. Sie sind - in Kombination mit einer wirksamen Schuldenbremse - die beste Strategie zur Reduzierung der Staatsquote. Und darin liegt dann auch die beste Konjunktur- und Wachstumspolitik.

Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ein Konjunkturprogramm nach dem US-Vorbild lässt sich im Rahmen des deutschen Steuer-Transfer-Systems nicht nachahmen. Da mit der Einkommensteuer ein Gemeinschaftssteuer betroffen ist, d.h. Bund und Länder jeder Änderung zustimmen müssen, ist zudem zu befürchten, dass Entlastung sich nicht rasch umsetzen lassen und dann möglicherweise prozyklisch wirken. Ein rasch wirkendes und geeignetes Instrument wären Investitionszulagen an Unternehmen. Ich kann mir derzeit aber schwer vorstellen, dass die damit verbundene „Subventionierung von Unternehmen“ politisch eine Chance hat.



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Ein vergleichbares Programm ließe sich in Deutschland nur schwer politisch umsetzen. Zudem wäre die zeitliche Verzögerung zu lang, so dass es wohl prozyklisch wirken würde. Wichtig für Deutschland wäre eine Stärkung der Wachstumskräfte, etwa über eine Rückgabe der „heimlichen“ Steuererhöhungen oder eine Intensivierung der Reformpolitik.

Dr. Wolf-Heimo Grieben Juniorprofessur für Volkswirtschaftslehre, Universität Konstanz:

Eine nachhaltige antizyklische Wirkung von Konjunkturprogrammen dieser Art ist kaum zu erwarten. Allenfalls wahltaktische Überlegungen könnten für das Entfachen eines solchen Strohfeuers sprechen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt, Allianz Group und Dresdner Bank AG:

Ungeachtet der Tatsache, dass ich ein klassisches Konjunkturprogramm für nicht sinnvoll hatte, denke ich dennoch, dass wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht. Die richtige Strategie wäre, die Steuern im unteren und mittleren Einkommensbereich zu senken. Das ist kein konjunkturpolitischer Aktionismus, sondern eine langfristig notwendige Maßnahme. Der Staat hat von der zuletzt höheren Inflation profitiert, und die Steuerprogression ist schon in unteren Einkommensbereichen in Deutschland sehr hoch. Die Konsolidierung des öffentlichen Defizits sollte trotzdem möglich sein; immerhin nimmt der Staat 2008 rund 70 Milliarden Euro mehr Steuern als 2006 ein.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA:

Hektisch gestrickte Konjunkturprogramme führen normalerweise nur zu kurzfristigen Impulsen, die danach höhere Staatsausgaben zur Folge haben und den notwendigen Konsolidierungsprozess aufhalten oder zumindest verzögern. Grundsätzlich spricht allerdings nichts gegen Steuer- und Abgabensenkung, sofern sie solide finanzierbar sind. Angebotsseitige Reformen wären dabei mittel- bis langfristig eine Grundvoraussetzung für eine Fortsetzung des Wachstums. Kurzfristig wirkende durch Steuergelder finanzierte Nachfragestimulierung wäre nur dann angebracht, wenn durch den Impuls Multiplikatoreffekte (höhere Investitionen, höhere Beschäftigung etc.) entstehen. Dies wäre aber m. E. nur der Fall wenn die strukturellen Voraussetzungen gegeben sind. Nur eine flexible von Abgaben und unnötiger Regulierung befreite Wirtschaft ist in der Lage dies zu gewährleisten. Daher sollte die Regierung nicht vom Konsolidierungskurs abweichen.